

Glosse

Versteckte Opfer der Pandemie

Miriam Frey und René L. Frey

Mai 2020

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2020-13

Versteckte Opfer der Corona-Pandemie

Von Miriam Frey* und René L. Frey**

Wie überall gehören auch in der Schweiz die Erkrankten und die wirtschaftlich Geschädigten zu den Leidtragenden der Corona-Pandemie. Verhältnismässig gut geht es jenen, die aus dem Füllhorn des Bundes mit Milliarden Franken bedacht werden. In den Medien ist fast nur von den Opfern der Pandemie die Rede. Im Folgenden wird auch die Gewinnerseite beleuchtet.

Kaum hatte das Virus zu ersten Infektionen, Erkrankungen und Todesfällen geführt, hat der Bundesrat unter Anwendung von Notrecht zwei Arten von Massnahmen ergriffen: ein *Lockdown*, um die gesundheitlichen Schäden möglichst tief zu halten, und *finanzielle Zahlungen*, um zu verhindern, dass die Wirtschaft kollabiert.

Für beides hat der Bundesrat von allen Seiten Lob erhalten, insbesondere auch für die *Gleichbehandlung*. Fairerweise wollte er jedem Departement – und damit jedem Mitglied des Bundesrats – rund sieben Milliarden Franken zur mehr oder weniger freien Verfügung stellen: Alain Berset für das Gesundheits- und Spitalwesen, Simonetta Sommaruga für die Infrastruktur, Ueli Maurer für Kredite an bedrohte Firmen, Guy Parmelin für Kurzarbeitsentschädigungen, Viola Amherd für Schutzmasken.

Wie die jüngst erschienene wissenschaftliche Studie «Analyse der bundesrätlichen Corona-Politik» der renommierten Beratungsfirma Clever AG zeigt, ist Guy Parmelin etwas zu kurz gekommen. Sofort wurden ihm Subventionen für die Weinbauern zugestanden.

Gemäss der Clever-Studie krass benachteiligt blieben lange Zeit Karin Keller-Sutter und vor allem Ignazio Cassis. Behauptungen des «Blick», diese zwei Mitglieder des Bundesrats seien wegen ihrer Parteifarbe diskriminiert worden, haben die Clever-Autoren klar widerlegt. Ihre finanzielle Minderausstattung ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass sich die Lobbyisten der beiden Ressorts – Juristen einerseits, Ausländer andererseits – kaum bemerkbar gemacht haben.

Gravierender als die Ungleichbehandlung der sieben Bundesrätinnen und Bundesräte ist jene auf der Ebene *Berufe und Branchen*. Man hatte sich im Bundesrat richtigerweise darauf geeinigt, die Verteilung der Gelder fair nach der Höhe der erlittenen Verluste zu bemessen. Die Clever AG hat auch diese Frage mit modernsten ökonomischen Verfahren untersucht und festgestellt, dass nach wie vor eine Berufsgattung besonders stark

benachteiligt dasteht: die *Einbrecher*. Ihre Einnahmen seien praktisch auf Null gesunken. Da dieser Berufszweig weder auf einen Verband noch auf Lobbyisten zählen kann, würde sich daran auch nichts ändern.

Der Grund für diese Ungleichbehandlung wurde in der Clever-Studie zweifelsfrei ermittelt: Als Folge der Überhandnahme des Home-Office sowie der Tatsache, dass die älteren Schüler und die Studenten, meist kräftige Jugendliche, zuhause Online-Unterricht hatten, sind die Einfamilienhäuser und Wohnungen praktisch einbruchssicher geworden. Die Einbrecher sind daher aus Sicht des Bundesrats für diesen Schaden zu entschädigen. Sonst wäre das Gleichbehandlungsziel verletzt.

Der Bundesrat hat sich in seiner jüngsten Sitzung für das Versehen entschuldigt und festgestellt, dass die sträfliche Vernachlässigung der bedrohlichen Lage der Einbrecher, dieses ohnehin wenig geschätzten Berufsstands, Kompensationszahlungen rechtfertige.

Zudem würde dadurch die Gefahr gebannt, dass von den rund 100 aus italienischen Gefängnissen entlassenen Mafiosi wohl etliche in die Schweiz kommen dürften, um ihre schweizerischen Berufskollegen mit anderen Möglichkeiten der Einkommensbeschaffung vertraut zu machen. Wie der Bundesrat feststellt, besteht bei den Schweizer Einbrechern ein erhebliches Bildungsdefizit in den Bereichen Erpressung, Bedrohung, Mord u.dgl.

Finanzhilfen an Einbrecher haben überdies den Vorteil, dass für Karin Keller-Sutter als Justizministerin und Ignazio Cassis als Aussenminister ein Teil des Finanzrückstands wettgemacht werden kann. Der Bundesrat ist sich auch bewusst, dass Cassis bei den wöchentlichen Medienkonferenzen im Inland kaum in Erscheinung getreten sei. Nun werde er dank der Einsicht seiner Kollegen zahlreiche Auftritte auf der internationalen Bühne erhalten.

Fazit: Wieder einmal gelingt es der Schweiz, eine in mehrfacher Hinsicht gerechte Win-Win-Lösung zu finden, eine Lösung, um die sie die meisten anderen Länder beneiden werden.

* Miriam Frey, lic.oec.publ., Magnolienpark 5, 4052 Basel

** René L. Frey, Prof. rer.pol. em., Gellertstrasse 18, 4052 Basel